

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 50.

Paderborn, 26. April

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Uebersicht.

Deutschland. Stadtberge (der Brand); Berlin (Wichtige Sitzung der zweiten Kammer); Stuttgart (Aufregung); Frankfurt (Nachrichten aus Stuttgart).

Der Krieg in Schleswig-Holstein (Siegreiches Einrücken der Unsrigen in Jütland; die Arbeiten auf den Düppeler Schanzen).

Der ungarische Krieg (Nachrichten vom Kriegsschauplatz).

Italien. (Wiedereinführung des Großherzogs von Toscana; Strenge des römischen Triumvirats; die sardinische Flotte; vom Kriegsschauplatz in Sizilien).

Frankreich. (Italienische Nachrichten).

Vermischtes.

Deutschland.

* **Stadtberge**, 23. April. Der am 19. hier (in der untern Stadt) ausgebrochene Brand war so heftig und der Schrecken so groß, daß nur Weniges und dieses größtentheils beschädigt und fast unbrauchbar gerettet ward. Ein heftiger Wind trug zur überschnellen Verbreitung der Flammen das Meiste bei. Noch gegen Abend brannten mehrere Häuser und die Furcht vor weiterm Unheil war noch nicht befeitigt. Ueber die Entstehung können noch gar keine sicheren Nachrichten gegeben werden. Der Brand kam zuerst in einem kleinen Hause neben der Wohnung des Dr. Ruer zum Ausbruch, welche letztere indeß ganz verschont blieb.

* **Berlin**, 21. April. Die heutige Sitzung der zweiten Kammer ist überaus wichtig gewesen. Diese dauerte über 9 Stunden. Gegenstand der Berathung war der Antrag des Abgeordneten Rodbertus, worin derselbe verlangt, die Kammer möge die in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung als rechtsgültig anerkennen. — Das Haus war dicht besetzt, alle Tribünen gefüllt, die größte Spannung herrscht auf allen Gesichtern. Man erwartet eine Erklärung von Seiten der Minister, die erfolgen mußte, sobald die Dringlichkeit anerkannt war. — Die Dringlichkeitsfrage gab den nächsten Streitpunkt, allein die entschiedene Majorität von 103 Stimmen (216 gegen 113) erkannte diese an und nun erhob sich der Ministerpräsident und las die Erklärung unter dem tiefsten Schweigen der Versammlung:

Ministerpräsident — tiefe Stille: — „Die Zeit ist gekommen, in der die Regierung die unumwundene Auskunft geben kann, welche der geehrte Referent eben gewünscht hat.

Es ist der Regierung ein angenehmer Anlaß, daß sie diese Auskunft heute ertheilen kann.

Ich werde den Antrag des Abgeordneten Rodbertus Punkt für Punkt beantworten, und erlaube mir, diese Antwort vorzulesen, da sie ein sehr wichtiges Aktenstück ist.

ad 1. Die Regierung Sr. Majestät ist sich bewußt, daß sie den von ihr in der Circularnote vom 23. Januar betretenen, von beiden Kammern gebilligten Weg nicht verlassen hat und daß sie demselben insbesondere auch in der Circular-Depeche vom 3. d. M. getreu geblieben ist.

ad 2. Die Regierung Sr. Majestät hat von jeher den lebhaften Wunsch gehegt, daß es gelingen möge, alle deutschen Staaten zu einem Bundesstaate zu vereinigen; sie kann es daher nur schmerzlich bedauern, daß eine solche Vereinigung in bekannten Verhältnissen für jetzt ein unübersteigliches Hinderniß gefunden hat, und erblickt darin eine Täuschung ihrer eigenen Hoffnungen.

„Sie würde aber glauben, mit den von beiden Kammern in den Antwortadressen auf die Thronrede angedeuteten Wünschen in Widerspruch zu treten, wenn sie sich durch die angegebenen Verhältnisse wollte abhalten lassen, ihre Bestrebungen auf die Bildung eines engeren deutschen Bundesstaates zu richten.“

ad 3. Daß die von der deutschen National-Versammlung be-

schlossene Verfassung für Deutschland zu ihrer Rechtsgültigkeit der Annahme der deutschen Regierungen bedarf, ist schon öfter und zuletzt in dem Berichte der Commission überzeugend nachgewiesen. Die Regierung Sr. Majestät hat in Folge der Circularnote vom 23. Januar im Vereine mit vielen anderen deutschen Regierungen die von ihr für nothwendig erachteten Abänderungen der Verfassung, wie sie aus der ersten Lesung hervorgegangen waren, zur Kenntniß der deutschen Nationalversammlung gebracht. Sie gab sich der Hoffnung hin, daß es auf diesem Wege gelingen werde, der Verfassung eine Gestalt zu verschaffen, in welcher sie zur Annahme geeignet gewesen wäre. Leider! Leider ist die Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen. Die von der Regierung Sr. Majestät in Gemeinschaft mit anderen deutschen Regierungen aufgestellten Erinnerungen sind bei der zweiten Lesung der Verfassung größtentheils ganz unberücksichtigt geblieben. Dieselbe hat überdies bei der zweiten Lesung noch einige Abänderungen erlitten, welche die Regierung Sr. Majestät nur für höchst nachtheilig erachten kann. Nachtheile, welche demnach mit der Annahme der Verfassung verbunden sein würden, sind der pflichtmäßigen und gewissenhaften Ueberzeugung des Ministeriums zufolge so überwiegend, daß, dasselbe sich außer Stande befindet, Sr. Majestät dem Könige die unbedingte Annahme der in Frankfurt beschlossenen Verfassung zu empfehlen. Das Ministerium glaubte vielmehr, daß diese Annahme von einigen Abänderungen abhängig gemacht werden muß.

Meine Herren! Es ist hier schon oft von der Macht der öffentlichen Meinung die Rede gewesen. Ich erkenne diese Macht an; sie besteht auf dem ganzen Erdbreise, sie besteht, so lange die Geschlechter der Menschen leben. — Pause — Ich erkenne sie an, aber so wie das Schiffsvolk die Elemente rings um sich her anerkennen muß; — es muß die Elemente anerkennen, aber es darf das Schiff nicht herrenlos umhertreiben lassen; dann wird das Schiff niemals die Brandungen überwinden, dann wird es niemals in einen sichern Hafen einlaufen — **niemals — niemals — niemals!!** (Bravo auf der äußersten Rechten.) —

Man kann sich schwerlich eine Vorstellung von dem ungeheuren Eindruck machen den diese Erklärung hervorrief. Nach einem Augenblick der tiefsten Bestürzung brach der Sturm los. Die ganze Kammer war in Bewegung, die Minister allein, welche mit Ausnahme des Kriegsministers sämmtlich anwesend waren, blieben in gänzlicher Unbeweglichkeit. Die Debatten begannen nun unter dem Eindruck dieser Erklärung. — Die äußerste Rechte geführt von dem Grafen Arnim, dem Herrn Bodelschwingsh, Müsebach, Kleist, Bismark und den bekannten Namen dieser Fraktion verlangte motivirte Tagesordnung. Eine andere Abtheilung dieser Herren, an ihrer Spitze Graf Schwerin, Zieten, Wedel, Harfort, Stiehl u. s. w. stellten dagegen ein Amendement auf Annahme der Krone und Verfassung, im Fall die Tagesordnung verworfen werden sollte.

Das Centrum bekannte sich zum dritten Sage des Rodbertus'schen Antrages, machte aber ein Amendement dazu, worin sie die Staatsregierung ersucht, ebenfalls diese Verfassung als rechtsgültig anzuerkennen, und Sr. Majestät der König auf Grund derselben die erbliche Kaiserwürde annehmen möge.

Die Linke und das linke Centrum hielten den Antrag Rodbertus fest, die äußerste Linke verschärfte jenen Antrag noch durch ein besonderes Amendement des Abgeordneten Grün und erklärte, daß sie für nichts weiter stimmen werde, als für Rodbertus Antrag.

Endlich stand der Berichterstatter über diesen Antrag, der Freiherr v. Vinke, mit einem Antrage der Commission da, wonach die Circularnote und der Weg der Regierung als ungeeignet erachtet, die Annahme der Krone und der Verfassung aber empfohlen wurde.

Die Redner der verschiedenen Parteien suchten nun ihre Gründe zu entwickeln. Graf Arnim für die äußerste Rechte der bedauert, daß die Freiheit Deutschlands und des Volks noch nicht gekommen sei